



EUROPÄISCHE UNION

Delegation der Europäischen Kommission für die Schweiz und das Fürstentum Liechtenstein

Dr. Michael Reiterer

Die zunehmende Bedeutung der Städte und Regionen Europas

Referat für die Tagung "Basler Metropol(t)räume", 27. September 2007

Die Europäische Union hat nicht nur ihre Mitgliedsstaaten, sondern auch die Regionen als ihre Bausteine. Das "Europa der Regionen" ist mehr als ein Schlagwort, wie die **Regional- und Kohäsionspolitik der Union, der Grundsatz der Subsidiarität und -institutionell - der Ausschuss der Regionen** belegen. Vom 8. - 11. Oktober 2007 findet in Brüssel die **Europäische Woche der Regionen und Städte**¹ statt, 5000 Experten aus 33 Ländern werden in 150 Workshops zum Generalthema "Regionen schaffen Wachstum und Arbeitsplätze" diskutieren.

Stadt und Region

Jüngste Erhebungen des statistischen Amtes der Union zeigen, dass der grösste Teil der EU-Bevölkerung in Städten oder Vororten arbeitet, 60% leben in Städten mit mehr als 5000 Bewohnern. Stadterneuerung und Stadtrevitalisierung sind daher auch Themen, mit denen sich die Union subsidiär auseinandersetzt.

Regionen

Was die Regionalpolitik und damit auch indirekt die Städte betrifft, wird vor allem die erneuerte Kohäsionspolitik 2007 – 2013 eine Schlüsselrolle spielen. Ansatzpunkt ist der Binnenmarkt, die Integration der Märkte Europas. Doch dies kann nur dann dauerhaft gelingen, wenn das nach wie vor erhebliche Einkommens- und Wachstumsgefälle abgebaut wird, wenn die ärmsten Regionen der Union am allgemeinen Wohlstand teilhaben und aufholen können.

Der Vorschlag der EU-Kommission für „Strategische Leitlinien zur Kohäsionspolitik im Dienste von Wachstum und Beschäftigung für den Zeitraum 2007-2013“ nimmt auf die Vielfalt lokaler Bestrebungen und Probleme Rücksicht, denn das Europa der Regionen besteht aus 27 Mitgliedstaaten und 268 Regionen. 70 dieser Regionen sind immer noch unter der 75 Prozentmarke des durchschnittlichen Bruttoinlandproduktes pro Kopf der Europäischen Union. Um dies aufzuholen, musste die Kohäsionspolitik eine Reform erfahren, um mit besseren Management- und Finanzmitteln ausgestattet zu sein und sich den neuen Herausforderungen wie Globalisierung, demographische Änderungen, Klimawandel, sich entwickelnde Energiemärkten und anderen zu stellen. Nachlesen kann man all dies im kürzlich publizierten vierten Kohäsionsbericht².

¹ http://ec.europa.eu/regional_policy/conferences/od2007/about.cfm?nmenu=2

² http://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/repco_de.htm

Ein Indikator dieser Ungleichheit ist beispielsweise das **Bildungsniveau**: In den weniger entwickelten Regionen der EU 27 hatten 2005 nur ungefähr 14% der Bevölkerung einen Hochschul- oder Universitätsabschluss. In den entwickelteren Regionen waren es jedoch 25%.

Auch **klimatisch** gibt es innerhalb der Europäischen Union starke Unterschiede, erstreckt sich die Union doch vom Polarkreis bis Sizilien. Auch der Klimawandel schlug mit Extremen zu: Katastrophale Brände in Griechenland, Dürre in Italien und Hochwasser in England, der Tschechischen Republik und Österreich.

Sie verstehen, dass es mit diesen Vorgaben nicht leicht ist, eine Politik zu planen, die allen Gegebenheiten gerecht wird. Öffentliche Investitionen würden in einigen Bereichen Abhilfe schaffen, doch diese nehmen vielerorts ab, da es gilt die öffentlichen Finanzen zu konsolidieren. Steigende Sozialkosten auf Grund der fortschreitenden Überalterung machen ebenfalls Konkurrenz. Eine Auslagerung auf die lokale Ebene, ohne die Bereitstellung von entsprechenden Finanzmitteln wäre unverantwortlich.

Die Kommission empfiehlt die Stärkung von Synergien auf allen Ebenen. So setzte sich die Kohäsionspolitik als Ziel, die Umwelt der Mitgliedstaaten, Regionen und Städten zu bewahren. Dementsprechend breit ist das Spektrum der vorgeschlagenen Massnahmen: Schutz für Tierarten, Natur und Biodiversität, nachhaltige Raumordnung, die Umsetzung des Kioto-Protokolls, Massnahmen zur Risikoprävention durch verbessertes Management der natürlichen Ressourcen, etc.

Die **Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE)**³ sind wichtige Strukturfonds, die für den wirtschaftlichen Aufholprozess der ärmeren Regionen sorgen sollen. Um dies zu realisieren, werden unter anderem mittelständische Unternehmen unterstützt, damit dauerhafte Arbeitsplätze geschaffen, Infrastrukturprojekte durchgeführt und technische Hilfsmaßnahmen angewandt werden. Diese Fonds werden bei der Umsetzung von drei neu definierten Zielen in der Regionalpolitik tätig: erstens, der Förderung der europäischen territorialen Zusammenarbeit; zweitens, der Konvergenz der Regionen und drittens, bei der Förderung der regionalen Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung.

Ein Erfolgsgeschichte seit den 90er Jahren sind die verschiedenen **INTERREG Programme**, an denen sich die Schweiz aktiv beteiligt. Derzeit befindet sich INTERREG III (2000-2006) noch in der Abwicklungsphase bis 2008⁴, "INTERREG IV" heisst eigentlich **Europäische territoriale Zusammenarbeit (ETZ)**⁵ mit der Förderperiode 2007-2013, doch "INTERREG" ist eine Art "brandname" geworden.

Territoriale Zusammenarbeit heisst, dass Mitgliedstaaten und/oder Regionen, sowie die Schweiz und Norwegen, die gemeinsame geografische Eigenheiten teilen, wie Grenzen, Randlagen, Gebirge.... Förderungswürdige Projekte einreichen können, deren Ziel ist, die negativen Auswirkungen von Grenzen zu mindern und gemeinsame

³ http://ec.europa.eu/regional_policy/funds/feder/index_de.htm

⁴ <http://sites.region-alsace.fr/Interreg/DE/Projets/AccueilProjets.htm>

⁵ http://ec.europa.eu/regional_policy/cooperation/interregional/ecochange/index_en.cfm

Problemlösungen zu fördern. Das Finanzvolumen wurde im Vergleich zu INTERREG III von knapp 5 auf 8,7 Mrd. Euro aufgestockt⁶.

Kriterien für die Projektauswahl ist Gemeinsamkeit, Kooperation betreffend Ausarbeitung, Durchführung, Personal und Finanzierung, wobei ein Grossteil der Mittel für die grenzüberschreitende Kooperation (74%) verwendet werden, gefolgt von transnationalen Projekten (21%) und interregionalen (5%).

Themen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit sind im Programm vorgegeben und aus den Listen auszuwählen: KMU, Tourismus. Grenzhandel, kulturelle Tätigkeiten, Umweltschutz und -management, verbesserter Zugang zu Verkehrs-, Informations- und Kommunikationsnetzen, Abwasser- und Abfallentsorgung, Energiesysteme, Gesundheit, Arbeitsmarkt... ein sehr umfassender Ansatz. Neu an der transnationalen Zusammenarbeit ist, dass keine weiteren Studien oder Planungen gefördert werden, sondern nur mehr konkrete, strategische Projekte. Transnationale Projekte benötigen wenigstens drei europäische Partner, davon 2 aus der EU, sowie einen Leader, der jedoch ein Mitgliedstaat sein muss. An der interregionalen Zusammenarbeit, auch INTERREG IV C⁷ genannt, sind die Schweiz und Norwegen mit eigenen Mitteln teilnahmeberechtigt, der Schwerpunkt liegt auf den Zielen der Lissabon Strategie.

Zwei konkrete Beispiele:

Die **Schweiz ist im Rahmen von INTERREG IV A, Oberrhein**⁸ gemeinsam mit Deutschland und Frankreich mit von der Partie, die Kommission wird das Projekt noch diesen Monat akzeptieren.

Das Programm ist gemeinsam von den teilnehmenden Staaten im Rahmen des partnerschaftlichen Ansatzes vorbereitet worden. Die Kommission hat die Vorbereitung des Programms begleitet und unterstützt.

Die beteiligten Staaten haben vereinbart, dass die Verwaltungsbehörde für das Programm, die die Gesamtverantwortung für die Durchführung des Programms gegenüber der Kommission trägt, Conseil Régional d'Alsace (Strasbourg, Frankreich) ist. Die Verwaltungsbehörde wird ein Sekretariat für die laufende Abwicklung des Programms einrichten.

Dem Programm werden insgesamt 67 Million EUR vom EFRE zugewiesen. Die nationale Kofinanzierung beläuft sich auf 65 Million EUR. Somit ergibt sich ein Gesamtbudget von 132 Million EUR für die 7 Jahre des Programms, zu dem die finanzielle Beteiligung der Schweiz hinzukommt.

Das Programm konzentriert sich auf die folgenden Prioritäten für die Zusammenarbeit im betroffenen Gebiet:

- 1) „Die ökonomischen Potenziale des Oberrheinraums gemeinsam nutzen“ (EFRE: 18 Million EUR),

⁶ <http://www.interreg4c.net>

⁷ <http://www.interreg4c.net/>

⁸ <http://sites.region-alsace.fr/Interreg/DE/Nouveautes/DocsIntIV.htm>

- 2) „Der Oberrheinraum: eine integrierte Bildungs-, Arbeit- und Wohnregion“ (EFRE: 18 Million EUR),
- 3) „Die Entwicklung des Oberrheinraums nachhaltig gestalten“ (EFRE: 27 Million EUR).

Ein anderes Beispiel ist das transnationale Projekt Alpenraum (Alpine Space) im Rahmen von INTERREG IVB.

Das Programm betrifft transnationale Zusammenarbeit zwischen Deutschland, Frankreich, Italien, Österreich und Slowenien unter Beteiligung Liechtensteins und der Schweiz.

Dem Programm werden insgesamt 98 Million EUR vom EFRE zugewiesen. Die nationale Kofinanzierung von den Mitgliedstaaten der EU beläuft sich auf 32 Million EUR. Somit ergibt sich ein Gesamtbudget von 130 Million EUR für die 7 Jahre des Programms.

Die Schweiz und Liechtenstein werden eine eigene parallele Finanzierung zur Verfügung stellen.

Das Programm konzentriert sich auf die folgenden Prioritäten für die Zusammenarbeit im betroffenen Gebiet:

- a) Wettbewerbsfähigkeit und Attraktivität des Alpenraums (32 Million EUR),
- b) Erreichbarkeit und Anbindung (28 Million EUR),
- c) Umwelt und Risikoprävention (32 Million EUR).

Städte⁹

Während der deutschen Präsidentschaft in der ersten Hälfte dieses Jahres wurde die **Leipzig Charta¹⁰ zur nachhaltigen europäischen Stadt** entworfen. Diese Charta setzt zusätzliche Akzente zum URBACT Programm, das auf den vergangenen URBAN Programmen aufbaut und deren Teilnehmer vernetzt. Bei der Charta handelt sich um ein Dokument der Mitgliedstaaten in welchem sich die für die Stadtplanung zuständigen Politiker auf gemeinsame Grundsätze und Strategien für die Stadtentwicklungspolitik geeinigt haben.

Zwei magische Dreiecke werden vorgezeichnet:

Wirtschaftliche Prosperität, sozialer Ausgleich und Berücksichtigung der Umweltbelange zur Erhaltung des einzigartigen Wirtschafts-, Sozial- und Kulturgutes der europäischen Städte.

⁹ http://ec.europa.eu/regional_policy/consultation/urban/index_en.htm, <http://urbact.eu/home.html>

¹⁰ http://eu2007.de/de/News/download_docs/Mai/0524-AN/075DokumentLeipzigCharta.pdf

Die Städte sind gekennzeichnet von kulturellen und baulichen Qualitäten, Integrationskräften, bieten die Basis für wirtschaftliche Entwicklung, sind Wissenszentren und damit Innovationsträger. Es sind jedoch ganzheitliche Strategien und ein koordiniertes Handeln aller an der Stadtentwicklung Beteiligten notwendig, um die Herausforderungen von Über- und Veralterung, sozialer Ungleichheit, Ausgrenzung und Umweltbelastung zu meistern.

Daraus ergeben sich **2 Hauptaufgaben**:

Erstens, präventiv und zukunftsorientiert **Stadtentwicklungspolitik** zu betreiben;

Zweitens, kurativ, **benachteiligte Stadtquartiere**, ähnlich wie bereits dargestellt Regionen, zu sanieren.

Beim ersten Punkt, der **integrierten Stadtentwicklung**, geht es darum einen Interessensausgleich zwischen Staat, Region, Stadt, Bürger und Unternehmen zu finden; öffentliche und private Investitionen aufeinander abzustimmen. Eine stadregionale Abstimmung wird sich dann in einer akzeptierten Raumplanung, die das knappe Gut 'Grund und Boden' nachhaltig zuordnet, niederschlagen.

Städte stehen im doppelten **Wettbewerb**, worauf die Stadtentwicklung Rücksicht nehmen muss: Sie stehen im Wettbewerb um Bewohner, die in "ihrer" Stadt nicht nur wohnen, sondern auch leben. Sie stehen ebenfalls im Wettbewerb um Unternehmen, die im Sinne von "corporate social responsibility" und "good corporate governance" Teil haben und Teil nehmen am Leben der Städte und an dem der sie umgebenden Regionen.

Attraktive Städte sind urbane Kulturlandschaften, bieten öffentliche Räume und erlauben Arbeit, Wohnen und Freizeitgestaltung zu kombinieren. Infrastruktur, materieller und immaterieller Natur, effiziente Transportsystemen, nachhaltige Energieversorgung bis hin zu energieeffizienten Gebäuden, senken Lebens- und Standortkosten. Innovation und Bildung, Vernetzung von Aus- und Weiterbildungseinrichtungen mit der Wirtschaft ziehen Unternehmen an.

Das klingt alles rosig, es gibt natürlich auch viele **Problem Bereiche und -zonen in Städten**: Überalterung von Bausubstanz, Infrastruktur und Bewohnern; Gettoisierung in Randbezirken mangels Integration, soziale Differenzierung und Diskriminierung, Umweltbelastung und –schäden mangels Investitionen, Mangel an Arbeitsplätzen, steigende Gewaltbereitschaft, Vandalismus vor allem von Jugendlichen schaffen einen Teufelskreis. Die genannte integrierte Stadtplanung muss hier ganz lokal werden und im Stadtteil ansetzen, mit lokaler Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Jugend-, Bildungs- und Sozialpolitik. Oft fehlt auch – manchmal bewusst – eine gute Verkehrsanbindung an das Zentrum.

Der **innerstädtische Verkehr**, tägliche Staus, die zu Umweltbelastung und Feinstaub führen sind in vielen Städten die Regel geworden. Vor wenigen Tagen, am Dienstag dieser Woche, startete die EU-Kommission eine umfassende Anhörung in Form eines **Grünbuches zum Stadtverkehr der Zukunft**¹¹, mit dem Ziel, den Autoverkehr

11

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/07/1389&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

zurückzudrängen. Von 1000 Wegen, die ein Europäer durchschnittlich pro Jahr zurücklegt, ist die Hälfte kürzer als fünf Kilometer. Viele kurze Entfernungen könnten gut zu Fuß oder mit dem Fahrrad überwunden werden. Der öffentliche Nahverkehr spielt dabei eine wichtige Rolle beim Ersatz für das Auto. In den großen Städten beförderten Busse und Bahnen zweieinhalb bis drei Mal mehr Menschen als der Individualverkehr, wobei 40 Prozent der klimaschädlichen Abgase aus dem Verkehr in den Städten entstehen.

Innerhalb von Städten unterstützt die Union daher **Suburbanisierung** und setzt somit einen stärkeren Akzent auf die Vororte, denn deren Bevölkerung wuchs um einiges mehr als jene der Kernzentren der Städte. Die Bedeutung der "banlieu" ist nach den Unruhen in Frankreich allen Politikern klar geworden.

Aber auch die so genannten "guten" Gegenden können zu Problemzonen werden: Raumplanungsfehler, die ein Ausdünnen oder eine Auflösung der für die zunehmende Zahl von älteren Stadtbewohnern essentiellen Infrastruktur verursachen. Für eine 80-jährige Frau wird ein Einkauf zum Spiessroutenlauf, wenn es keinen Laden an der Ecke gibt. Das Tragen von 2-3 kg kann zum Problem werden und dies alles dazu führen, dass sie ihre gewohnte Umgebung aufgeben und in ein Altersheim gehen muss – die sozialen Kosten steigen, das persönliche Lebenswertgefühl sinkt.

Mit Raumordnungsmassnahmen muss sichergestellt werden, dass Einkaufen nicht nur am Stadtrand, per Auto möglich ist. Der öffentliche Verkehr muss auf ältere Personen Rücksicht nehmen, doch Niederflurwägen sind zum Glück für Kinderwägen ebenso angenehm wie für ältere Mitbürger.

Diese sozio-geographischen Probleme sind die neuen Herausforderungen an die Städte, innerhalb und ausserhalb der Union. Doch damit die Stadtentwicklung realisierbar ist, brauchen die europäischen Städte eine stabile finanzielle Basis. Die Leipzig Charta weist aus diesem Grund darauf hin, dass die europäischen Strukturfonds auch künftig ein fester Bestandteil der öffentlichen finanziellen Unterstützung von Stadtentwicklung sein müssen.

Daher sind stadtregionale Entwicklung, Verantwortung für den territorialen Zusammenhalt, europäische Vernetzung, Erfahrungsaustausch auf breiter fachlicher und regionaler Ebene keine Schlagworte, sondern Handlungsanleitungen.

Im Sinne der grösstmöglichen Bürgernähe:

- Europa braucht starke Städte,
- Europa braucht starke Regionen als Rahmen für die Städte,
- Europa braucht eine nationale und europäische Regionalpolitik.

Basel ist ein gutes Beispiel:

Zwischen den Vogesen im Westen, dem Schwarzwald im Osten und dem Jura im Süden unterscheidet man die grossräumige **EuroRegion Oberrhein** mit den Oberzentren Basel, Strasbourg und Karlsruhe, die **RegioTriRhena** als südlichen Teil der **EuroRegion** mit den Städten Basel, Mulhouse, Colmar und Freiburg i.Br. sowie im Zentrum die **Trinationale Eurodistrict Basel**. Diese grenzüberschreitende Region erweist sich nicht

nur als homogener Naturraum. Sie ist trotz der nationalen Grenzen seit Jahrhunderten durch eine gemeinsame kulturelle Identität geprägt. In dem Verknüpfungspunkt Basel treffen aus allen drei Ländern die Netzwerke zusammen - genau das brauchen die europäischen Regionen und Städte der Zukunft. Sie müssen untereinander ein Verknüpfungsnetz flechten, welches sie gegenseitig stützt und eine gute solide und stabile Basis für Zusammenarbeit bildet.

Die Baseler Metropolitanräume haben einen reichen Erfahrungsschatz anzubieten und einzubringen, mögen sie zu den "Europäischen Metropolträumen" beitragen.

[Es gilt das gesprochene Wort]